

## **Kritik der Bundestagsresolution zum Antisemitismus**

Da war nichts von der angeblichen Brandmauer oder war das jetzt die Querfront? SPD, Grüne, FDP.CDU/CSU und eben die AfD stimmten heute im Bundestag, nachdem zwölf Stunden zuvor die Koalition auseinander geflogen war, in großer Eintracht, für eine sogenannte Antisemitismusresolution. Lediglich die BSW-Gruppe stimmte dagegen, die Gruppe Die Linke enthielt sich. Sevin Dagdelen vom BSW sprach sich eindeutig gegen den Vorstoß zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter dem Deckmantel des Antisemitismus aus.

Das BSW betonte, dass das Parlament mit diesem Antrag dem Kampf gegen den Antisemitismus leider einen Bärendienst leiste.

Mit der Resolution wird die kritisierte IHRA-Antisemitismusdefinition als Grundlage genommen, um in Zukunft z.B, Kunstprojekte zu fördern oder eben nicht.

Wohin das führen kann, haben wir im Saarland am Fall Candice Breitz erleben können. Im Kern werden autoritäre Maßnahmen gefordert, mit denen der trotz Repression weiter wahrnehmbare Protest gegen den israelischen Kolonialkrieg im Gazastreifen noch umfassender unterdrückt werden soll – unter dem Deckmantel der Antisemitismusbekämpfung. Auch grundsätzliche Kritik am Zionismus steht im Fokus. So wird aufgerufen, „Gesetzeslücken zu schließen und repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen.“

Die Bundesregierung solle sich weiterhin „aktiv für die Existenz und die legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel“ einsetzen. Zur israelischen Kriegführung im Gazastreifen, die inzwischen mindestens 43.000 Palästinenser das Leben gekostet hat, lesen wir nichts.

Schulen und Hochschulen werden dazu ermutigt, bei „antisemitischem Verhalten“ mit dem „Ausschluss von Unterricht oder Studium bis hin zur Exmatrikulation“ zu reagieren. Länder, Bund und Kommunen sollen im Bereich von Kunst und Kultur sicherstellen, dass keine Projekte und Vorhaben „mit antisemitischen Zielen und Inhalten gefördert werden.“ Die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) hält unter anderem fest, dass sich Erscheinungsformen von Antisemitismus „auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten“ können.

Die Rektorin des Wissenschaftskollegs zu Berlin, Barbara Stollberg-Rilinger, sagte vor Beginn der Debatte, die IHRA-Definition sei unbestimmt, und „das führt dazu, dass sie unglaublich missbrauchsanfällig ist“. Der Antisemitismus-Vorwurf eigne sich „in hervorragender Weise, um politische Gegner zum Schweigen zu bringen und zu diffamieren“, sagte die Historikerin. f

Bis Mittwochabend hatten mehr als 4000 Einzelpersonen, sowie Dutzende Organisationen aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft einen Offenen Brief unterzeichnet, weil sie eine Einschränkung der Meinungs-, Kunst-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit befürchten.